

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 8 / August 2008 · Ausgabe Bayern / Hessen

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: contact@sovde.de

Der Wertverfall der Renten muss gestoppt werden!

SoVD stellt Positionspapier zur Rente vor

Seite 2

„Nah bei den Menschen“

SoVD Schleswig-Holstein kündigt neues Konzept an

Seite 4

Nur die Prothese bleibt trocken

Beinamputierte Schwimmerin kämpft bei Olympia um Gold

Seite 7



Steigende Preise für Energie und Lebensmittel Erdrückt uns die Inflation?

Die Hiobsbotschaften reißen nicht ab: Das Benzin wird immer teurer, die Lebensmittelpreise steigen, und nun wollen auch Gas- und Stromanbieter ihre Preise erhöhen – zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit. Die Inflation – also der Anstieg des Preisniveaus insgesamt – macht immer mehr Menschen Angst. Arme Haushalte sind besonders stark betroffen. Vor diesem Hintergrund bleiben die Forderungen des SoVD an die Politik aktuell: Der Hartz-IV-Regelsatz muss ebenso an die Preissteigerungen angepasst werden, wie der Kaufkraftverlust der Rentnerinnen und Rentner durch die Einführung einer Inflationsschutzklausel gestoppt werden muss.

Wer dieser Tage an der Kasse im Supermarkt sein klammes Portemonnaie zückt, mag nicht glauben, dass die Inflationsrate in Deutschland „nur“ bei knapp über drei Prozent liegt. Wie auch? Orangen und Nudeln sind im Vergleich zum Vorjahr um 27 Prozent teurer geworden, Hartkäse um 20 Prozent. Bei Speisequark und Mehl liegt die Steigerung sogar deutlich über 30 Prozent.

Inflation entwertet zwar das Einkommen aller Menschen, aber Haushalte mit einem niedrigen Einkommen sind besonders stark betroffen. Der Grund: Die höheren Preise gelten vor allem für Güter des täglichen Bedarfs – wie Lebensmittel oder Energie (Benzin, Strom, Gas). Preissenkungen bei Waschmaschinen oder Flachbildfernsehern fallen da nicht ins Gewicht.

Die Politik reagiert unentschlossen. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) forderte die Einführung eines Sozialtarifes für einkommensschwache Energiekunden. Er sieht dabei vor allem die Konzerne in der Pflicht. Als Beispiel führt Gabriel Belgien an. Dort seien schon jetzt die ersten 500 Kilowattstunden für bedürftige Menschen frei. Der Fraktionschef der Grünen, Fritz Kuhn, fordert stärkere Anstrengungen im Bereich des Energiesparens.



Foto: Simon/dpa

Die Lebensmittelpreise – vor allem die vieler Milchprodukte – steigen in ungeahnte Höhen. Wer wenig Geld hat, muss sich ordentlich strecken, um sich dennoch mit Lebensmitteln versorgen zu können.

Wo eine Förderung auf staatlicher Ebene sinnvoll sein mag, sind dem Endverbraucher jedoch Grenzen gesetzt. Zwar hat sich die Mehrheit der Deutschen nicht zuletzt aus Kostengründen längst darauf eingestellt, weniger Strom zu verbrauchen. Die Anschaffung sparsamer Geräte ist aber gerade für arme Menschen eine Kostenfrage.

Im Energiesektor bleibt die Lage brisant. Die letzte Teuerungsrunde ist noch keinen Monat her, da kündigen über 100 Gasanbieter die nächste Preissteigerung an. Im Schnitt soll es ab September noch einmal um rund 18 Prozent nach oben gehen. Schon jetzt müssen sich Mieter bei der nächsten Heizkostenabrechnung auf saftige Nachzahlungen einstellen: Nach Auskunft des Deutschen Mieterbundes sind allein die Ölpreise seit Februar diesen Jahres um 35 Prozent gestiegen.

Menschen eine Kostenfrage.

Die Banken weisen bei dem Thema Inflation jede Verantwortung von sich. Erst kürzlich erklärte der

Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank Jürgen Stark, dass man gegen die Weltmarktpreise bei Öl und Lebensmitteln wenig tun könne. Für die betroffenen Menschen spendet diese Aussage keinen Trost.

Der SoVD fordert die Bundesregierung auf, ihren Handlungsspielraum zu nutzen. Der Hartz-IV-Regelsatz ist zeitnah an die Preisentwicklung anzupassen, damit dieser zumindest das Existenzminimum abdeckt. Genauso dringend ist die Einführung einer Schutzklausel, die sicherstellt, dass die Bezüge von einkommensschwachen Rentnern/-innen wenigstens an die Inflationsrate angepasst werden (siehe Seite 2).

Blickpunkt

Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat erst kürzlich verdeutlicht, wie sehr sich die Lebenssituation für viele Menschen in Deutschland verschlechtert hat. Ein Detail dieser Untersuchung fand bisher jedoch wenig Beachtung: Menschen mit Behinderung sind überdurchschnittlich häufig von Armut bedroht; jede/r dritte alleinstehende Behinderte lebt von weniger als 700 Euro im Monat. Eine der Ursachen hierfür liegt in der derzeitigen Bildungs- und Ausbildungspolitik. Denn Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen haben oft nicht die Möglichkeit, einen qualifizierten Schulabschluss zu machen. Das Abitur etwa absolvieren – verglichen mit nichtbehinderten Jugendlichen (25 Prozent) – weniger als halb so viele von ihnen (12 Prozent). Auch die Chancen, einen regulären Ausbildungsplatz zu bekommen, sind für sie gering. Die Folge ist, dass nur wenige behinderte Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Die Ergebnisse des Armutsberichtes belegen dies. Die Politik darf es nicht bei einer Bestandsaufnahme belassen. Sie ist gefordert, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Chancengleichheit auch tatsächlich verwirklicht werden kann.



Marianne Saarholz,
SoVD-Vizepräsidentin

Anzeige

Als Mitglied des SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Spezial-Rechtsschutzversicherung

- im Privat- und/oder Verkehrsbereich
- wahlweise mit Immobilien-Rechtsschutz
- mit telef. anwaltlicher Erstberatung

Exklusive Leistungserweiterungen

- Rechtsschutz für Betreuungsverfahren
- Beratungs-Rechtsschutz für Vorsorgeverfügungen

Haben Sie Interesse?: Tel.: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation für Verbandsgruppenversicherungen



Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe.

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragt Ihr Arzt die Pharmaindustrie

Wenn Sie krank sind, gehen Sie zum Arzt. Der untersucht Sie und verschreibt Ihnen ein Medikament, das Sie wieder gesund macht. So einfach ist das.

Aus der Perspektive des Mediziners sieht das komplizierter aus – der muss schließlich entscheiden, welches Präparat er Ihnen verschreibt. Während er noch überlegt, fällt sein Blick auf die Tasche mit den Golfschlägern, die an der Wand seiner Praxis lehnt. Die gab es bei der Werbeveranstaltung einer großen Pharmafirma als Präsent. Bietet vielleicht dieser Hersteller das geeignete Medikament an? Über der Tasche hängt ein Foto. Es zeigt den Hausarzt in BadesHORTS am Strand, aufgenommen während der Urlaubsveranstaltung einer anderen Arzneifirma – offiziell eine Fortbildung.

Haben die nicht was Passendes? Inzwischen untersagt die Freiwillige Selbstkontrolle der Arzneimittelindustrie (FSA) derartige Veranstaltungen in Luxushotels. Viele 5-Sterne-Hotels haben deshalb ihre Sterne freiwillig abgegeben, um im Geschäft zu bleiben. Die Preise sind freilich die gleichen. Und überhaupt: Was heißt hier Korruption? Für das Verschreiben bestimmter Medikamente zahlen Pharmafirmen schließlich immer noch sogenannte „Aufwandsentschädigungen“. Dafür wird nur ein kurzer Fragebogen ausgefüllt. Sollte Ihr Arzt Ihnen also ein solches Produkt verordnen? Schwierig.

Seien Sie froh, dass Sie diese Entscheidungen nicht treffen müssen. Wenn Sie krank sind, gehen Sie zum Arzt. Der untersucht Sie. So einfach ist das. *jb*